

Kurzinformationen

von Martin Peter Houscht und Ahmed Fazl

USA vermitteln in politischer Krise

Die USA versuchen zunehmend, eine Lösung der seit fast zwei Jahren andauernden politischen Krise um eine neutrale Übergangsregierung herbeizuführen. US-Botschafter David Merrill hat seit Dezember mehrmals führende Politiker der verfeindeten Lager an einen Tisch gebracht, in der Hoffnung, mit dem Direktkontakt eine Lösung der Krise zu erreichen. Da dieser Wunsch nicht in Erfüllung gegangen ist, versucht er es nun mit einem konkreten Eigenvorschlag. Merrill plädiert für ein aus unabhängigen Persönlichkeiten bestehendes "beratenden Ausschuß" als Exekutivorgan während der Wahlzeit. Unklar beziehungsweise umstritten bleibt dabei die Frage nach der Person des Interimspremier. Die USA haben bereits in der Vergangenheit klargestellt, daß sie Wahlen wollen, an denen alle Parteien teilnehmen. Dies darf als Signal an die Regierungspartei verstanden werden, Kompromißfähigkeit an den Tag zu legen und nicht länger auf eine BNP-Kandidaten zu beharren. Die Oppositionsparteien

verlangen eine unabhängige Persönlichkeit und haben bereits früher einen Richter des Obersten Gerichts ins Spiel gebracht.

Militär hilft bei Razzia gegen Waffen

Im Rahmen einer am 21. Dezember von Wahlkommissar Sadeque zur Sicherung des bevorstehenden Urnengangs ausgerufenen Razzia gegen illegale Waffen sind bislang 1.300 Feuerwaffen sichergestellt und 12.000 Personen inhaftiert worden. Neben der Polizei beteiligt sich auch das Militär an der Razzia, nachdem Sadeque in einem Gespräch mit hohen Militärs Anfang Dezember eine solche Vorgehensweise beschlossen hatte. Dennoch muß die noch bis Februar fortdauernde Aktion als Fehlschlag bezeichnet werden, da nach Aussagen des Innenministers sich etwa 100.000 Waffen im unerlaubten Besitz befinden. Das Gros dieser Waffen wird, so das Innenministerium, aus Indien und Myanmar geschmuggelt. Richter Sadeque hat bereits angekündigt, daß dem Militär angesichts der angespannten innenpolitischen Lage auch noch an-

dere Sicherheitsaufgaben zugetragen werden könnten, um faire und freie Wahlen zu garantieren.

Zugunglück

16 Tote und mehr als 100 Verletzte lautet die Bilanz einer Zugkollision am achten Januar nahe Chandpur. Eisenbahnbeamte gingen zunächst von einem technischen Defekt der Signalanlagen aus. Da sich das Unglück während eines Streiktages ereignete, schließt man auch Sabotage nicht aus. Bereits am 30. Dezember war der Noakhali-Expreß aufgrund eines Sabotageakts entgleist. 25 Menschen wurden dabei verletzt.

Neues vom 'Flood Action Plan'

Die bangladeschische Regierung lud Ende vergangenen Jahres zur 4. Konferenz über den 'Flood Action Plan' (FAP) ein, an der auch Vertreter der Nichtregierungsorganisationen (NROs) teilnahmen. Anschließend, am 3. und 4. Dezember, folgte eine Tagung der Regierung mit den am FAP beteiligten internationalen Gebern.

Im Mittelpunkt stand die Diskussion einer Wasser- und Flutmanagement Strategie der Regierung, die zugleich das Ergebnis der ersten FAP-(Studien-)Phase (1990-1995) darstellte. Alle zukünftigen Wasserentwicklungs- und Flutmanagementprojekte sollen im Rahmen einer kohärenten Wassermanagement-Politik erfolgen.

Ohne finanzielle Zusagen für den Zeitraum 1996-2000 abzugeben, empfahlen die Geber, das sind u.a. die federführende Weltbank, ADB, Europäische Kommission und die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau, die kommenden Jahre zur Anfertigung eines nationalen Wassermanagementplans zu nutzen, im Wasserbereich tätige, für Planung, Konstruktion, Betrieb und Instandhaltung zuständige Organisationen zu entwickeln beziehungsweise zu stärken sowie eine Liste an Projekten mit hoher Priorität vorzulegen.

Die Geber begrüßten die von Regierung und NROs erklärte Bereitschaft zum gegenseitigen Infor-



Demonstration um den FAP in Tangail (Foto: Martin Peter Houscht)

mations- und Gedankenaustausch. Die NROs hatten in der Vergangenheit wiederholt auf Mängel im FAP-Design hingewiesen und dabei die kritischen Aspekte hinsichtlich der Beteiligung der Betroffenen, des Umweltschutzes und der Kosteneffizienz hervorgehoben. Daß die Regierung nun bereit ist, den genannten Aspekte in allen zukünftigen Wassersektorprojekten Rechnung zu tragen, wird von Gebern und NROs zustimmend aufgenommen und ebnet möglicherweise den Weg für eine neue Diskussionskultur zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Stellen.

Bangabazar abgebrannt

Der wohl preiswerteste Kleiderbasar auf dem Erdball, der 'Bangabazar' in Dhaka, ist durch ein Feuer am 27. November zerstört worden. Der Gesamtschaden wird auf 75 Millionen Mark geschätzt. Obwohl unmittelbar gegenüberliegend, erreichte die Feuerwehr im Stadtteil Fulbaria den Ort erst als es bereits zu spät, die Flammen außer Kontrolle waren. Die Feuerwehrbrigade aus dem 20 Kilometer von Dhaka gelegenen Narayanganj war noch vor den in Dhaka ansässigen Feuerwehren am Platz. 3.000, in vier aneinandergrenzenden Märkten zusammengefaßte Läden, in denen Jeans, Hemden, T-Shirts und viele andere Artikel zu einer Qualität und zu Preisen angeboten wurden, die unter anderem auch die in Dhaka ansässige Großgemeinde der "expatriates" zum Einkaufen einlud, sind vernichtet worden. Schlimmer als

die Kundschaft hat es die Ladeninhaber bzw. -pächter erwischt, von denen manche ihr Erspartes im Basar aufbewahrt hatten. Aus relativ gutverdienenden Kleinhändlern sind Bettler geworden. Insgesamt sind 15.000 Familien betroffen. Premierministerin Khaleda Zia hat zwar 1.100 Wellblechdächer geliefert, dazu kamen noch 160.000 Mark aus Haushaltstöpfen der Stadt Dhaka und versprochene Kredite zu erleichterten Bedingungen, aber angesichts der geschätzten Aufbaukosten in Höhe von rund 30 Millionen Mark ist dies allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ethnische Gruppen feiern König

Zum vierzigsten Mal feierten Tausende im Bandarban Distrikt den Beginn der Steuereintreibung durch den Stammeskönig Raja Bahadur Aung Shew Prue Chowdhury. Bauern und Händler versammelten sich vor dem Palast des Königs, um ihre Steuern zu bezahlen.

Der König erschien in feinsten Garderobe, um sich von seinen Untertanen feiern zu lassen. Ein Hauch Monarchie erfüllte die Szenerie, als Stammesangehörige sich verbeugten und Frauen den König mit Blütenblättern bewarfen.

Die bangladeschische Regierung anerkennt zwar die Rolle des Königs, hat aber mit der Einrichtung von Distrikträten für eine drastische Beschneidung seiner Kompetenzen gesorgt. Nicht anwesend waren Angehörige des Mehrheitsvolkes der Chakmas, die seit 19 Jahren für Autonomie in den 'Chittagong Hill

Tracts' (CHT) kämpfen.

Mit dem Aufruf zur Versöhnung zwischen traditionellen Stammesgesellschaften und bengalischen Siedlern erntete der König vermutlich nur höflichen Beifall. Viele der Stammesangehörigen nehmen es der Regierung in Dhaka übel, daß sie sich gegen ihre traditionelle 'Slash and Burn'-Anbauweise ausgesprochen und Gegenmaßnahmen ergriffen hat.

Unterdessen ist der Waffenstillstand zwischen Regierungstruppen und den 'Shanti Bahini', das ist die Widerstandsorganisation der Bergvölker, bis Ende Januar verlängert worden. Seit 1992 versuchen Regierungsvertreter und Unterhändler der 'Tribes' vergeblich durch Verhandlungen eine dauerhafte Lösung zu finden und die rund 50.000, sich noch im indischen Exil befindlichen Stammesangehörigen zur Rückkehr in die CHT zu bewegen (siehe dazu auch 'Südasiens', 1-2/95, 3/95, 4-5/95).

Initiative gegen Campus-Gewalt

Ahmed Sofa, einer der bekanntesten literarischen Persönlichkeiten des Landes, der unter anderem in zwölf Jahren Arbeit Goethes Faust ins Bengalische übersetzte, hat eine Initiative gegen die an den Universitäten des Landes vorherrschende Gewalt gestartet. Sofa trifft sich allabendlich in der Nähe des Nationalmuseums in Dhaka mit Interessierten, um mit ihnen Informations- und Aufklärungsaktionen zu organisieren, die der Campus-Gewalt Einhalt gebieten soll.

Konfrontation oder Kompromiß

- Bangladesh vor den Wahlen -

von Martin Peter Houscht

In Bangladesh wird gewählt. Der Urnengang soll nach einem Beschluß des Vorsitzenden der Wahlkommission, Richter Sadeque, am 15. Februar stattfinden und über die Sitzverteilung im sechsten Parlament (Jatiya Sangsad) entscheiden. Fraglich bleibt indessen, ob sich die Oppositionsparteien des Landes an den Wahlen beteiligen werden. Das Schicksal der jungen Demokratie hängt nun von den Ereignissen der kommenden Wochen ab.

"Starsinn und Intoleranz unserer Politiker gefährden die Zukunft unseres Landes." Der Vorsitzende des Verbandes der Industrie- und Handelskammern in Bangladesh, Salman Rahman, gehört zu

den prominenten Persönlichkeiten des Landes, die ihre Klagerufe ausstoßen. Auch die große Mehrheit der Bevölkerung stöhnt unter der Last von annähernd 150 Streiks allein seit Beginn

vergangenen Jahres, die Bangladesh über eine Milliarde US-Dollar kosteten. "Unsere Politiker denken nur an sich", ist ein in diesen Tagen oft gehörter Kommentar der Bangladeshis. Die An-